

Kwasniewski, Klaus

Article — Digitized Version

Probleme mit dem EG-Haushalt

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kwasniewski, Klaus (1981) : Probleme mit dem EG-Haushalt, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 12, pp. 576-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135624>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Klaus Kwasniewski

Probleme mit dem EG-Haushalt

Das größte Problem der Europäischen Gemeinschaft ist der EG-Haushalt und seine Finanzierung, denn schon für die nahe Zukunft ist ein Haushaltsdefizit zu erwarten. Die Einnahmen, die sich vor allem aus den Agrarabschöpfungen, den Zöllen gegenüber Drittländern und bis zu 1 % der vereinheitlichten Bemessungsgrundlage der Mehrwertsteuer zusammensetzen, können mit dem Anstieg der Ausgaben von in der Vergangenheit durchschnittlich jährlich über 20 % nicht mehr Schritt halten. Da die 1 % bei der Mehrwertsteuer fast ausgeschöpft sind, muß sich die EG nach neuen Einnahmequellen umsehen oder das Ausgabenwachstum drosseln. Die zweckmäßigste Lösung auf der Einnahmenseite wäre eine Erhöhung des Mehrwertsteueranteils. Sie wird jedoch insbesondere von der Bundesrepublik abgelehnt, solange nicht der Gemeinsame Agrarmarkt dahingehend reformiert worden ist, daß die Agrarausgaben, die 70 % des EG-Haushalts ausmachen, nicht schneller als die Einnahmen der EG steigen.

Die im Zusammenhang mit der Haushaltsfinanzierung aufgekommene Frage der ungleichmäßigen Verteilung der Nettozahler und Nettoempfänger stellt in gewisser Hinsicht ein Scheinproblem dar. Die Einnahmehoheit über die Zölle und Agrarabschöpfungen wurde an Brüssel übertragen, und der Mehrwertsteueranteil ist durch Beschluß geregelt. Die Mitgliedsländer haben durch ihren Beschluß, der EG eigene Mittel zuzugestehen, ausdrücklich auf eine Zurechnung dieser Leistungen als nationale Finanzierungsbeiträge verzichtet. Die Rückflüsse wiederum, die vor allem aus der Agrarkasse, aber auch aus dem Strukturfonds stammen, ergeben sich aus den gewählten und vertraglich geregelten Politiken hinsichtlich des Gemeinsamen Agrarmarktes und Übereinkünften über die Strukturpolitik. Die Forderung Bonns, nicht zum einzigen unbegrenzten Nettozahler zu werden, steht also juristisch auf tönernen Füßen.

Überhaupt ist der Begriff Nettoposition eine wenig aussagefähige Größe, da sie von sich ändernden Größen wie den Außenhandelsströmen abhängig ist und davon, über welche Häfen die Güter gerade importiert und wo sie verzollt werden. Auf der anderen Seite geht bei den Agrarrückflüssen die Struktur der jeweiligen Volkswirtschaften in die Nettoposition ein. Ein Land mit einer relativ großen Landwirtschaft hat nun einmal bei dem gegebenen überhöhten Preisniveau größere Rückflüsse aus der Agrarkasse als eines mit einem großen Industriesektor. Letzteres hat Vorteile aus der Gemeinschaft beim Export von nichtagrarisches Produkten in Partnerstaaten. Die sich daraus ergebenden höheren Steuereinnahmen in der Staatskasse lassen sich jedoch nicht unmittelbar berechnen. Dies war beim Abschluß der Verträge bekannt und vorherzusehen. Auch die deutsche Landwirtschaft genießt die Vorteile des hohen Preisniveaus und konnte im Rah-

men der Gemeinsamen Agrarpolitik ihre Exporte beträchtlich steigern. Mit Agrarexporten in Höhe von etwa 17 Mrd. DM im Jahre 1981 dürfte sie nach dem Maschinenbau viertgrößter Exportzweig sein.

Die Forderung Bonns nach einer Begrenzung des deutschen Nettobeitrags ist jedoch politisch-psychologisch vor dem Hintergrund der britischen Entlastungsforderungen, den leeren Kassen in Bonn und dem Ärger über den übermäßig expandierenden Brüsseler Haushalt zu verstehen. Gegenwärtig wäre Großbritannien als drittärmstes Land der Gemeinschaft nach der Bundesrepublik der mit Abstand zweitgrößte Nettozahler – alle übrigen acht Mitgliedsländer sind Nettoempfänger –, wenn für Großbritannien nicht für 1980 und 1981 ein Finanzausgleich in Höhe von 6,2 Mrd. DM geschaffen worden wäre. Auch für 1982 strebt Großbritannien eine ähnliche und für sieben Jahre eine Grundsatzregelung an. Obwohl die Rechtslage eindeutig und der Begriff Nettoposition wenig brauchbar ist, zeigt der Fall Großbritannien, daß das EG-Finanzierungssystem zu recht massiven Ressourcentransfers von den ärmeren zu den reicheren Ländern führen kann. Das arme Portugal wäre beispielsweise im Falle eines Beitritts auch Nettozahler. Ob dies der Weisheit letzter Schluß ist, bleibt fraglich.

Der Schlüssel zur Lösung dieser Frage und auch der EG-Haushaltsprobleme ist vor allem bei der Gemeinsamen Agrarpolitik zu suchen. Wie die Vorverhandlungen und die Gespräche auf dem EG-Gipfel in London jedoch zeigten, dürfen angesichts der unterschiedlichen nationalen Interessenlagen keine allzu großen Hoffnungen auf eine schnelle, stärkere Verankerung marktwirtschaftlicher Prinzipien gesetzt werden. Doch ohne mehr Marktwirtschaft wird der Agrarsektor zum Sprengsatz des EG-Haushalts und vielleicht sogar der Gemeinschaft werden.